



Gute Bildung braucht gute Bedingungen

Die Sommerferien haben begonnen, die Diskussion um die Bildungspolitik geht weiter

In Thüringen begannen am 23. Juli die Sommerferien für insgesamt 235.200 Schüler – vor zehn Jahren waren es noch 100.000 mehr – und 26.600 Pädagogen. 5.128 Jugendliche bestanden nach Angaben des Bildungsministeriums das Abitur, das sind fast 98 Prozent.

Auch in den letzten Plenarsitzungen vor der Sommerpause war die Bildungspolitik mehrfach Thema. Als es beispielsweise um die neue Schulordnung ging, betonte in seiner ersten Rede im Landtag der in der Linksfraktion neu hinzugekommene Landtagsabgeordnete und Sprecher für Schulpolitik, Dirk Möller, dass sich die LINKE dafür stark gemacht hat, „komplett aufs Sitzenbleiben zu verzichten“. Statt solcher „teuren und pädagogisch sinnlosen Maßnahmen“ sei es vielmehr wichtig, auf individuelle Förderung zu setzen und dafür auch genügend Pädagogen zur Verfügung zu stellen.

Bereits nachdem der Vorsitzende der GEW Thüringen, Thorsten Wolf, kürzlich die Onlinebefragung „Arbeitsbedingungen und Personalsituation an Thüringer Schulen“ in der Landtagsfraktion der LINKEN vorgestellt hatte, sagte Susanne Hennig, bildungspolitische Sprecherin: „Lehrerinnen und Lehrer sind der Garant für eine gute Bildung. Allerdings finden sie in Thüringen keine guten Arbeitsbedingungen vor.“ Die Ergebnisse der GEW-Onlinebefragung seien „besorgniserregend und bestätigen den Handlungsdruck

der Landesregierung“. So fehle es in Thüringen an Unterstützung für Lehrkräfte. „Neue pädagogische Anforderungen, Zusatzaufgaben und zu kurze Pausen erhöhen die Arbeitsbelastung, mit der die Lehrerinnen und Lehrer oft allein gelassen werden. Ein Zwei-Pädagogen-System in Thüringer Klassenzimmern ist momentan meist Wunschvorstellung. Auch Unterstützungen aus anderen Professionen sind eher die Ausnahme, viele Schulen brauchen nach eigenen Aussagen dringend Schulsozialarbeiter.“

Es seien vor allem auch die „kleinen Dinge“ im Lehreralldag, die besonders psychische Belastungen verursachen. „Allein der Fakt, dass Lehrer Klassenfahrten aus der eigenen Tasche bezahlen müssen, ist nicht mehr hinnehmbar“, hält Hennig fest und fordert ein gemeinsames Handeln auf unterschiedlichen Ebenen, damit in Thüringen „gute Bildung gute Bedingungen bekommt“. Dabei gehe es vor allem um Fragen, die „das Land und die Schulträger betreffen: Die Ausstattung von Schule, Neueinstellung von Lehrkräften und Schaffung von Referendarstellen, aber dringend notwendig sind auch mehr Schulsozialarbeiter“, betont die Abgeordnete.

„Es herrscht großer Frust im System, da werden die angekündigten Verbesserungen auch nicht viel nützen, selbst wenn sie reizvoll erscheinen im Wettbewerb der Bundesländer. Dem Unmut kann natürlich mit Geld allein auch nicht begegnet werden. Jedoch

sind Schulentwicklung und die Umsetzung guter Konzepte unter den jetzigen Gegebenheiten nur schwer machbar. Fest steht aber: Wir müssen uns Bildung leisten können!“, so Susanne Hennig abschließend.

Schüler-Forderungen nicht übergehen

„Der Landesschülertag am 13. Juli hat erneut deutlich gemacht, wie viele Problem-Baustellen es im Bereich der Schulpolitik gibt“, hatte Dirk Möller erklärt. Die Landesschülervertretung hatte in die Räume des Ministeriums eingeladen. Im Vorfeld gab es eine Podiumsdiskussion und Diskussionen in Kleingruppen mit Vertretern des Thüringer Landtages und des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

„Dass der Minister aus Krankheitsgründen nicht teilnehmen konnte, ist schade. Dass allerdings keine Abgeordneten der Regierungskoalition der Einladung gefolgt sind, finde ich äußerst enttäuschend“, meint der LINKE-Politiker. „Angefangen von Positionen zum CAS-Rechner und zur Lernmittelfreiheit, über den Lehrermangel und dem damit verbundenem Unterrichtsausfall bis hin zu den fehlenden Schulsozialarbeitern wurden viele ungelöste Probleme angesprochen. Das zeigt doch nur zu deutlich, dass die Schüler die Probleme vor Ort genau kennen. Ihre Forderungen dürfen nicht überhört werden“, betonte Dirk Möller. ■

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

In „Bewegung“?

Die Ankündigung der Thüringer Ministerpräsidentin, im September einen Gesetzentwurf für einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland vorzulegen, ist ein Schritt in die richtige Richtung, hat aber viel zu lange auf sich warten lassen.

Die Landesregierung will „Bewegung“ in die festgefahrene Debatte um einen Mindestlohn in Deutschland bringen. Die Verantwortung dafür, dass die Debatte ins Stocken geraten ist, trägt eindeutig die Landesregierung selbst.

Seit Jahren erhebt DIE LINKE vehement mittels zahlreicher parlamentarischer Initiativen die Forderung nach Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen und existenzsichernden Mindestlohns. Aktuell ist dieser Antrag im Wirtschaftsausschuss geparkt. Er soll nach Vorliegen des Berichts der Arbeitsgruppe bzw. nach Vorliegen eines Gesetzentwurfs der Landesregierung mit diesem gemeinsam beraten werden.

Die Landesregierung sollte nun nicht so tun, als wolle sie die Kastanien aus dem Feuer holen und den Retter des Mindestlohnes spielen, indem sie für den September einen Gesetzentwurf ankündigt. Das Problem hätte schon längst vom Tisch sein können und viele tausend Beschäftigte in der Bundesrepublik hätten schon Monate lang über ein existenzsicherndes Einkommen verfügen können. Es ist überfällig, dass die Landesregierung nun endlich den Sand aus dem Getriebe nimmt.

Es wäre auch möglich gewesen, wie jetzt Bremen praktiziert, mit einem eigenen Mindestlohngesetz oder der Festschreibung eines Mindestlohnes im Thüringer Vergabegesetz aktiv zu werden. In Bremen muss künftig ein Stundenlohn von mindestens 8,50 Euro nicht nur von Behörden und öffentlichen Einrichtungen gezahlt werden, sondern auch von so genannten Zuwendungsempfängern. Für Baufirmen und andere Unternehmen, die staatliche Aufträge erhalten, gilt in Bremen bereits seit 2009 ein „Tariftreue- und Vergabegesetz“, Mindestvergütung ebenfalls 8,50 Euro.

Unser Anspruch bleibt bestehen: wir wollen einen gesetzlichen flächendeckenden und existenzsichernden Mindestlohn, damit die in Vollbeschäftigung arbeitenden Menschen von ihrer Hände Arbeit auch leben können und nicht zusätzlich in den Leistungsbezug von Hartz IV fallen. ■

AKTUELL

Qualitätsgewinn statt Breitband

„Wenn wir die frühkindliche Bildung in Thüringen auf Dauer voran bringen wollen, muss das Land mehr Erzieherinnen und Erzieher an Hochschulen ausbilden“, sagte Margit Jung, familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Der „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung mache deutlich, dass in Thüringen lediglich drei Prozent der Erzieherinnen einen Hochschulabschluss haben. „Das reicht nicht, um hochwertige Bildungskonzepte im Kita-Alltag umzusetzen.“ Erfreulich sei, dass in den vergangenen fünf Jahren zusätzlich 2.200 Stellen geschaffen worden seien. Dennoch liege Thüringen mit einem Betreu-

ungsschlüssel von einer Erzieherin zu 4,9 Kindern deutlich über der Empfehlung der Stiftung von 1 zu 3, aber auch über dem durchschnittlichen Personalschlüssel der westlichen Bundesländer, der bei 1 zu 3,8 liegt. „Entscheidend ist jedoch auch die Altersstruktur in den Tagesstätten. 18,2 Prozent der Erzieherinnen sind älter als 55 Jahre und nicht einmal die Hälfte ist unter 40 Jahre.“

Damit könnte Thüringen in den nächsten zehn Jahren einen Personal-Engpass bekommen. Hinzu komme, dass neue pädagogische Erkenntnisse und Entwicklungen eher die junge Generation erreichten. Wenn der Länderreport lobe, dass in Thüringen eine Stelle mit 40.000 Euro berechnet werde, könne aber die Frage gestellt werden,

wie viel tatsächlich bei den Erzieherinnen ankomme. Viele von ihnen seien bei freien Trägern angestellt, die keinen Tariflohn zahlten. Hier bleibe auch das Problem mit der Mittelausreichung über den Kommunalen Finanzausgleich bestehen, da durch die globale Zuweisung Gelder durchaus auch für andere Aufgaben verwendet würden.

„Wir brauchen aber einen Qualitätszugewinn in der Erzieherinnen-Ausbildung“, fordert die Familienpolitikerin. „Wenn Kinder vor der Einschulung kindgemäß gebildet werden sollen, ist eine Breitbandausbildung von Null bis 27 wenig hilfreich.“ Gerade im frühkindlichen Bereich seien die Anforderungen so hoch, dass es hier einen spezialisierten Ausbildungsgang brauche. ■